

Ressort: Politik

Länder wollen Asylbewerber auch in Gewerbegebieten unterbringen

Berlin, 02.11.2014, 11:13 Uhr

GDN - Angesichts der Flüchtlingskrise wollen die Länder Asylbewerber künftig auch in Gewerbegebieten unterbringen. Darüber wird dem Nachrichtenmagazin "Der Spiegel" zufolge diese Woche im Bundestag diskutiert.

Nach deutschem Baurecht dürfen Wohnhäuser nicht zwischen Fabrikhallen stehen, doch mit Blick auf die steigenden Flüchtlingszahlen will der Bundesrat diese Vorschrift nun lockern – wenn auch nur für Asylbewerber. Kritik an dieser Ausnahmeregelung kommt von den Grünen: "Flüchtlingsunterkünfte müssen in Wohngebieten liegen, mit Anschluss an die Infrastruktur vor Ort", verlangt Fraktionschefin Katrin Göring-Eckardt. "Der Bund hat zahlreiche Liegenschaften, etwa in ortsnahen ehemaligen Kasernen, die er den Kommunen dringend für die Flüchtlinge zur Verfügung stellen muss", fordert sie. Auch der Deutsche Anwaltverein (DAV) kritisiert die "Zweiklassengesellschaft", die Einzug ins Baurecht halte. "Die Lärmbelastung in Gewerbegebieten ist um ein Vielfaches höher als etwa in Mischgebieten, wo auch Wohnhäuser stehen dürfen", sagte Thomas Lüttgau, Verwaltungsrechtsexperte des DAV.

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-43846/laender-wollen-asylbewerber-auch-in-gewerbegebieten-unterbringen.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD

483 Green Lanes

UK, London N13NV 4BS

contact (at) unitedpressagency.com

Official Federal Reg. No. 7442619